

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Abgabe 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,40 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Nachbestellungen sind jederzeit möglich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beisteht.

Verlagspreis: Die Zepellin-Kampagne 20 Goldpfennig, die Zepellin-Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Zepellin-Beilage der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Nachbestellungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis vorm. 10 Uhr durch Herrn Oberamtlichen Angeler übernommen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsfall ist, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß, dem Auftraggeber in Konkurrenz gestellt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 148. — 84. Jahrgang. Telegt.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonntag, den 28. Juni 1925

## Was wird aufgewertet?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Tummelte in den Wandelgängen des Reichstages, die sich bis zu persönlichen Bedrohungen der Abgeordneten durch zusammengehörte Vertreter der Aufwertungsorganisationen steigerten, vielkündige Arbeit im Aufwertungs-ausschuss — das kennzeichnet das Werden des neuen Gesetzes über die Aufwertung, dessen Beratung in der nächsten Woche das Plenum des Reichstages beschäftigen soll. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf über die Hypothekenaufwertung durchberaten und nähert sich dem Ende der Besprechung auch des zweiten Gesetzentwurfs, nämlich dem über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen. Erschwert wird die Beratung aber dadurch, daß von den Linksparteien noch Vorschläge von Inflationssteuern hineingeworfen werden, die ja an sich mit der Aufwertung nichts zu tun haben. Die Sozialdemokratie wollte eine Sondersteuer auf neu entstandene Vermögen, wobei aber auch jene Vermögen getroffen werden sollten, die sich gegenüber von 1913 nicht um mehr als 20 % vermehrt haben. Ferner soll der Gewinn aus Grundstücksveräußerungen und schließlich der entschuldete ländliche Grundbesitz noch einer Sondersteuer unterliegen. Die Kompromißparteien stellen sich ohne weiteres grundsätzlich auf den Boden der Inflationsbesteuerung, lehnten aber weitergehende Anträge ab, weil sonst, wenn man auch noch diese Materie behandeln wollte, das Aufwertungs-gesetz vermutlich am 1. November fertiggestellt würde. Dagegen hat man bei der Aufwertung der Kreditsanleihe besonders stark die sozialen Erwägungen sprechen lassen, indem man den Altanleihebesitzern ein über den Regierungsvorschlag hinausgehendes Auslösungsrecht geben will, wonach der Besitzer der umgetauschten Anleihe das Einzahlungsrecht des Nennbetrages und einen Zuschlag von 10 % berechnete ab 1. Januar 1926, erhält. Dazu kommt die Vorzugsrente für bedürftige Altanleihebesitzer und ihre unermöglichten Nachkommen, und schließlich ein besonderer Sozialfonds, der aus den Erträgen bestimmter Bälle bis auf fünf Millionen aufgefällt werden soll. Dieser Sozialfonds hat aber nichts zu tun mit dem propagierten Gedanken, den Hypothekengläubigern praktisch nur eine 15%ige Aufwertung zu geben und die Zinsaufwertung von 10 % einem Sozialfonds zuzuführen.

Die Besprechung der Aufwertungsfrage ist gekennzeichnet durch das Bemühen der Kompromißparteien, endgültiges Recht zu schaffen. Zufrieden mit dem Kompromiß bzw. mit der Regierungsvorlage ist ja keine dieser Parteien. In einem Schreiben, das die Zentrumspartei an den Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbund gerichtet hat, wird gesagt: „Unter Berücksichtigung der staatlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ist das vorgeschlagene Kompromiß die bestmögliche Lösung. Das ist kein Werturteil über den Inhalt des Kompromisses, weil ja die Meinungen über das wirtschaftlich Mögliche meilenweit auseinandergehen.“

Daß übrigens auch Hypothekenschuldner durch die bisherigen Beschlüsse ganz außerordentlich in Bedrängnis kommen werden, ist zweifellos, angesichts der Bestimmungen, daß bei Grundstückswechsel der neue Eigentümer, der das Grundstück laut Grundbuch lastenfrei erworben hat und nun die früher getilgten Hypotheken aufwerten muß, ein Rückgriffsrecht auf den ursprünglichen Besitzer erhalten hat. Das kann zum völligen wirtschaftlichen Ruin des Veräußerers führen, weil häufig der Erlös, vom Schleier der Papiermilliarden befreit, nach Goldwert gerechnet, in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Wert des Grundstückes gestanden hat. Dabei ist allerdings eine Härteklause für dergleichen liegende Fälle eingeschaltet worden; wie weit bei der dann notwendigen gerichtlichen Entscheidung die zuständige Behörde, nämlich die Aufwertungsstelle, dem geringen Erlös beim Verkauf Rechnung tragen wird, bleibt ihr aberheimgefallen; eine Berufung gegen diese Entscheidung ist aber möglich.

Dieser kleine Ausschnitt aus dem wachsenden Aufwertungsrecht zeigt deutlich die geradezu ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die bei der Behandlung des Stoffes immer von neuem auftauchen. Aberhaupt ist das Charakteristische bei der Behandlung dieser ganzen Frage das man früher über sie geredet hat, ohne die Tragweite all dessen wirklich zu erkennen, was man sagte. Und zu allem Unglück werden die wirtschaftlichen Schranken der Aufwertungsmaßnahmen angesichts der täglich schärfer werdenden Wirtschaftskrise immer enger. Und es trägt zur Erbitterung des Kampfes nicht zuletzt die vom Parteistandpunkt aus ja vielleicht recht angenehme, im Interesse einer wirtschaftlich möglichen Erledigung der ganzen Frage aber überaus belagendwerde Erscheinung sehr viel bei, wenn im Aufwertungs-ausschuss und dann auch später bei der Beratung im Plenum Anträge gestellt wurden und werden, die zu erfüllen völlig unmöglich sind. Und die Zahl derartiger Anträge ist Legion.

Schwer ist der Widerstand gegen sie, weil das natürliche Recht zum Dasein sich gerade bei den Ärmsten der Armen geltend machen will. Daher muß wohl hinter das Bemühen der Kompromißparteien, eine endgültige Regelung in der Aufwertungsfrage herbeizuführen, hinsichtlich des Erfolges ein großes Fragezeichen gesetzt werden.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 27. Juni. Der Handelsminister Chaumet hat gestern abend Pressevertretern gegenüber den Standpunkt der französischen Regierung zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland dargelegt. Er erklärte, daß Frankreich mit seinen Wünschen, zu einer Verständigung zu gelangen, nicht weitergehen könne, ohne den eigenen Interessen Abbruch zu tun. Die gestrige Denkschrift der deutschen Abordnung enthalte anstatt Konzessionen nur neue Forderungen Deutschlands. Sie übergehe die möglichen Konzessionen mit Stillschweigen. Wir haben jetzt beschlossen sagte Chaumet, erneut um Aufstellung der äußersten deutschen Zugeständnisse zu erfragen und geben uns der Hoffnung hin, daß wir vor den Kammerferien noch zu einer Verständigung gelangen, vorausgesetzt, daß die deutsche Abordnung bei den Verhandlungen denselben guten Willen an den Tag legt wie die französische Delegation.

### Die früheren deutschen Kolonien und die Mandatskommission des Völkerbundes.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Genf, 27. Juni. Unter dem Vorsitz des Marquis Theobald wurde gestern die Sitzung der Mandatskommission des Völkerbundes eröffnet. Theobald erklärte, daß die Kommission niemals die Absicht gehabt hätte, die Tätigkeit Sir Herbert Samuel in Palästina zu kritisieren. Die wichtigste Aufgabe der bevorstehenden Tagung sei die Prüfung der Berichte der Mandatsstaaten fast ausschließlich über die früheren deutschen Kolonien und der Gesuche und Beschwerden der örtlichen Bevölkerung. Acht Berichte und fünf Vitzgesuche lagen vor. Theobald bat alle Mandatsstaaten, die Rechenschaftsberichte alljährlich, spätestens bis zum 20. Mai, einzusenden, da nur unter dieser Voraussetzung sorgfältige Beratung und Prüfung gewährleistet sei. Der neue Direktor der Mandatsabteilung Cassini berichtete über die Arbeiten der Kommission während der letzten Sitzungsperiode. Er hob unter anderem folgende Fragen besonders hervor: 1. Die Vereinheitlichung des Rechts über die Allotlosteinfuhr in die Mandatsgebiete; 2. Anleihen und Anlagen von Privatkapital in den Mandatsgebieten; 3. die militärische Ausbeutung in den Mandatsgebieten; 4. die Finanzverwaltung der Mandatsgebiete und 5. die Anwendung des internationalen Rechts auf die Mandatsgebiete. Die südafrikanische Regierung habe erklärt, daß die Eingeborenen in den Mandatsgebieten ausschließlich zu Polizeidiensten verwendet würden. Ueber die Grenzregelung zwischen Britisch- und Französisch-Togo seien Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen geführt wor-

den. — Zum 1. Vorsitzenden der Mandatskommission wurde dann Marquis Theobald (Italien), zum 2. Vorsitzenden Vanreese (Holland) wiedergewählt. Am Nachmittag begann die Mandatskommission mit der Prüfung der Berichte über Französisch-Togo und Kamerun in Gegenwart des französischen Kommissars in nichtöffentlicher Sitzung.

### Bau eines Zepellinluftschiffes für die Polarforschung.

Berlin, 27. Juni. Gestern nachmittag fand im Reichsverkehrsministerium zwischen der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff und dem Luftschiffbau Zeppelin eine Besprechung statt, an der Dr. Scherer, Geheimrat Professor Dr. Bruns und Direktor Dr. Bleislein teilnahmen. Die Besprechung hat zu folgendem Ergebnis geführt: Der Luftschiffbau Zeppelin soll ein für die Zwecke der Studiengesellschaft geeignetes Luftschiff bauen und es Professor Dr. Frithjof Nansen, dem Präsidenten der Studiengesellschaft für zwei Polarunternehmungen zur Verfügung stellen. Die Kosten für den Bau dieses Schiffes will der Luftschiffbau Zeppelin selbst aufbringen, diejenigen für die arktischen Forschungen sollen international getragen werden. Es ist beabsichtigt, das Luftschiff nach Erledigung der arktischen Unternehmungen einer international zusammengesetzten Studiengesellschaft zu anderen wissenschaftlichen Zwecken, besonders für die Erforschung weiterer unbekannter Gebiete der Erdoberfläche zur Verfügung zu stellen. Der Luftschiffbau Zeppelin tritt in die Studiengesellschaft ein. Vor Eintritt wird die Internationale Studiengesellschaft noch intern beraten, ob das vom Luftschiffbau Zeppelin angebotene Luftschiff für die wissenschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft ausreicht. Die Führung des Schiffes wird dem Luftschiffbau Zeppelin übertragen, an der auch der ehemalige Fliegerhauptmann a. D. Bruns beteiligt sein wird. Nach Eintritt des Luftschiffbaues Zeppelin in die Studiengesellschaft wird diese an die deutsche Regierung einen Antrag richten, in dem sie bitten wird, die Erlaubnis für das die Begriffsbestimmungen überschreitende Luftschiff bei der Volschafterkonferenz nachzuführen.

### Die Deutschen in Kanton unbehelligt.

Berlin, 27. Juni. Das deutsche Generalkonsulat in Kanton meldet unterm 25. Juni: Die Deutschen Kantons sind in ihren Wohnungen in den Vororten Tungshan und Fenshuan verblieben und befinden sich alle wohl.

### Deutschlands Antwort an Frankreich

Berlin, 26. Juni.  
Das Reichskabinett hat in mehrstündigen Verhandlungen über die französische Antwort auf die Sicherheitsvorschlüsse Deutschlands beraten. Die Reichsregierung ist nach Berichten aus politischen Kreisen zu dem Entschluß gekommen, daß zwar offiziell auf schriftlichem oder mündlichem Wege in Paris und in London das grundsätzliche Einverständnis der deutschen Regierung zu weiteren Verhandlungen über die Sicherheitsfrage mitgeteilt wird, auf Einzelheiten der Antwortnote Briand und auf die darin ausgesprochenen bestimmten Forderungen Frankreichs und Englands für den Abschluß von Schiedsverträgen, Garantieverträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht geantwortet werden soll. Die deutsche Regierung wird vielmehr darauf aufmerksam machen lassen, daß diese Fragen in der Antwortnote Briand nicht klar behandelt sind, und entsprechende Rückfragen stellen. Erst wenn diese Rückfragen beantwortet sind, wird die deutsche Regierung weitere Entscheidungen fassen können.

### Der Staatsstreich in Griechenland.

Die „Glacchandschuh-Revolution“.  
Die Revolution in Griechenland, die ihren Anfang in Saloniki nahm, hat auch auf die Hauptstadt Athen und das übrige Land übergegriffen. Die Revolutionäre sind Herr der Lage und ihre Forderung nach Rücktritt der Regierung ist ohne Widergeschehen erfolgt, wie überhaupt die ganze Revolution bisher keinen Tropfen Blut gekostet hat, was ihr den Spitznamen einer „Glacchandschuh-Revolution“ eingetragen hat.

### Die Ursachen zum Staatsstreich

Sollen in der Ansicht der Offiziere zu suchen sein, daß das jetzt zurückgetretene Kabinett Michalakopoulos sich nicht genügend um die Reorganisation des Heeres gekümmert habe, ebenso nicht um die Entwicklung der Wirtschaft, weshalb seine Außenpolitik der Geschicklichkeit ermangelte und nur zu Mißerfolgen geführt habe, namentlich in Serbien und in der Türkei. Die Offiziere machten ihm ferner zum Vorwurf, daß es ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht und damit Griechenland finanziell von Ausländern abhängig gemacht habe. General Panjalos, der Führer der Revolution, hat zunächst die Staatsgewalt an sich gerissen und will die Regierungsgeschäfte zunächst als Diktator führen. Er hat eine

### Proklamation an das Volk

gerichtet, in der er feststellt, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes, des Heeres und der Marine die Umsturz-bewegung billige. Er verspricht darin eine gute Verwaltung, Gleichheit für alle, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, eine exemplarische Bestrafung aller Unterschleife an öffentlichen Geldern, sofortige Reorganisation der militärischen Kräfte und die Regelung der Flüchtlingsfrage. Nach weiteren Meldungen aus Athen hat General Panjalos sein Hauptquartier im Kriegsministerium aufgeschlagen. Zahlreiche hohe Militärs, die im Dienste der ehemaligen griechischen Regierung standen, haben ihren Abschied genommen. Die Geschäfte und Banken in Athen sind geschlossen.